

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler



55. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 19. Juni 1917

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Verammlungs-, Bergnügungsinserte usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 69

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes über Aufnahme einer neuen Kriegsstaffistik.

Artikel: Marginalien zu den dritten Teuerungszulagen (3. Fortsetzung).

Korrespondenzen: Streifend.

Zusätzlich: Von Buchdruckern im Kriege. — Die Buchdrucker als Schwere- und Schwerstarbeiter. — Teuerungszulagen für Buchdruckerlehrlinge. — Gehilfenprüfungen. — Geschäftsjubiläen. — Einstellung des Erscheinens. — Gutenberggesellschaft in Mainz. — Geheimdruckerei für falsche Probenfahrkarten. — Wichtigstellung einer Post für Brotkornausfällungen. — „Preisfreiheit“ in Frankreich.

Bekanntmachung

Auch für das zweite Quartal 1917 ist eine Staffistik über den Mitgliederstand, die Arbeitsverhältnisse und über die vom Beginne des Krieges an gewährten Unterstützungen in Aussicht genommen. Als Stichtag gilt der

30. Juni 1917

Die Vorstände erhielten Fragebogen, die wir bis 21. Juli 1917 an den zuständigen Gauvorstand zurückzusenden eruchen. Die Gauvorstände werden ersucht, das Ergebnis der Staffistik in ihrem Gauvereine bis spätestens 1. August 1917 dem Unterzeichnenden mitzuteilen.

Wir bitten dringend, die gestellten Fragen sorgfältig zu beantworten, da das Ergebnis der Staffistik auch seitens der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands verwendet werden soll.

Berlin. Der Verbandsvorstand.

Marginalien zu den dritten Teuerungszulagen

Singen in Nr. 64 die einer Berliner Prinzipalsprofessorenversammlung (11. Mai) geltenden Ausführungen über den Rahmen von Marginalien hinaus, so kann das erst recht gesagt werden von nachfolgend zu erörternden Vorgängen in der Berliner Gehilfenschaft. Es soll aber des Zusammenhanges mit der dritten Teuerungsulagenbewegung wegen diese Einkleidung beibehalten werden.

Wäre die Versammlung der Berliner Kollegen am 1. Juni, worüber in voriger Nummer vom Schriftführer ein trotz aller Ungereimtheiten und satterer Ausfälle objektiver Bericht gegeben worden ist, einigermaßen den Intentionen gefolgt, wie sie in Wirklichkeit von der Gauvorsteherkonferenz zur Gemeinsamkeitsarbeit mit Berlin ausgingen, bliebe uns diese unangenehme Arbeit erspart und der so knappe Raum für verschiedene Notwendigkeiten nutzbar. Wie jedoch nicht zum ersten Male, hat wieder einmal eine bedenklliche Strömung in Berlin Oberwasser. Uns unfern am 2. Juni erschienenen Artikel über die Gauvorsteherkonferenz, der also die Gemüter in der Versammlung vom 1. Juni noch gar nicht erhellen konnte, wenn es denn in allem auf den „Korr.“ abgesehen sein soll, haben die Kollegen im ganzen Reiche ja schon erfahren, daß in dieser ersten, nach Frieden ringenden Zeit es bei uns abermals heißt: Sie Berlin — die Provinz! Inwiefern in Deutschland mit seinen vielen Großdruckstädten überhaupt von „Provinz“ gesprochen werden kann, ob sie mit Leipzig beginnt und mit Remet oder Alsfeld endet, wollen wir nicht zu einer Kriegszielfrage machen. Es möge an den im Bericht enthaltenen gelassenen groben Aussp.ücken wie: „Die Provinz verdankt die Tarif-

gemeinschaft Berlin“, oder „Der starre tarifliche Charakter hat mit unrer modernen Neuzeit nichts mehr zu schaffen“, oder „Doch wollen wir uns nicht immer nur an den Buchstaben des Tarifs halten“, nicht länger Aufenthalt genommen werden, denn es sind damit nicht absolut neue Berliner Glaubenssätze ausgesprochen. Auch ist wohl einleuchtend, daß damit die Fundamente der Tarifgemeinschaft nicht gefestigt werden können. Wie die Gauvorsteherkonferenz gezeigt und wie aus mehreren Berichten in voriger Nummer ebenfalls entnommen werden kann, ist die Gegenliebe für derartige „Programmpunkte“ veräußert gering. Die kühne Berliner Zukunftsmusik mit den 15000 bis 18000 Mitgliedern, welchem Umfange der Verbandsvorstand Rechnung fragen soll, kann uns nicht heute schon und wird uns auch später nicht zu einer Neuorientierung verleiten, die diesem Fünftel der Gesamtmitgliedschaft — der Verband würde bei einem solchen Wachstum Berlins es ebenso schnell auf 90000 Mitglieder bringen — weitgehende Sonderrechte einräumt. Es besteht kein Zweifel, daß bei aller unfern Gauen eingeräumten Demokratie, die weitgehender ist als in jeder andern Gewerkschaft, der Zentralismus maßgebend und richtungweisend bleiben muß. Der Fortschritt der Gesamtheit würde sonst Beeinträchtigung erfahren. Was in diesem Punkt an einer Stelle in dem Berichte vom Mittelrhein (siehe vorige Nummer) gesagt wird, verdient alle Beachtung.

Das in der Berliner Versammlung der Gauvorsteherkonferenz gemachte Kompliment, die Prinzipale hätten ein besseres Verständnis gehabt, während jene das Vorgehen für unzulässig und schädigend gehalten habe, steht in „idealer Konkurrenz“ mit der an weitere Adressen sich richtenden Anschuldigung, es wäre vielleicht mehr erreicht worden, wenn man den Berlinern die Arbeit nicht so erswert, sondern sie mehr als Kollegen unterstützt hätte. Man muß es den Anklägern lassen, daß sie diesmal gar keine Verlegenheit zeigen, andre als Sündenböcke in die Wüste zu jagen.

Auf der Gauvorsteherkonferenz waren es der Verbandsvorstand, der Tarifamtssekretär und die „Korr.“-Redaktion, in der Versammlung am 1. Juni wurde keiner unterschieden. Da kam der Verbandsvorstand im besondern daran, weil er die bekannte Bandwurmmresolution in der Versammlung am 4. Mai nicht unter den Tisch fegte, die gar nicht das Produkt des Gauvorstandes ist, sondern von einer Vertrauensmännerkonferenz dem erstern auf nicht eben allfällige Weise oktroyiert wurde, wie denn bei der Gelegenheit dieser auf ein andres Geleis geschoben worden ist. Das war ja gerade die große Verärgerung auf der Konferenz, daß bei der Vorbesprechung der Gehilfenvertreter in Leipzig keinerlei Andeutung von Berliner Sonderwünschen oder einem nachherigen selbständigen Vorgehen geschah, auch bei den Sonderberatungen am Verhandlungstage mit der Prinzipalität nicht, daß vielmehr sämtliche Gehilfenvertreter den schließlich erreichten Abmachungen zustimmten, und daß, soweit darüber von Berliner Seite überhaupt eine Äußerung erfolgte, diese in Leipzig ganz befriedigt lautete. Der Verbandsvorstand wurde dann von dem in Berlin eintretenden großen Anschwunge nicht unterrichtet. Der Verbandsvorstand hätte zu dem besseren Wege, den er später auf der Konferenz den Berlinern wies, ganz gewiß sofort geraten, wenn man eben gleich an ihn herangetreten wäre. Wir meinen auch — und darüber wird wohl allgemein die gleiche Meinung herrschen —, ehe man den Ostentbergbund zur Mitwirkung aufrief, hätte man sich mit dem Verbandsvorstande richtig ins Benehmen setzen müssen. Es kann also gar keine Rede davon sein, der Verbandsvorstand hätte erst seinen Segen erteilt und dann auf der Konferenz Berlin gefadelt. Was Kollege Böblin einleitend auf der Konferenz ausführte, war zum größten Teil allgemeiner Natur. Der Stein kam vielmehr ins Rollen, als anschließend Kollege Massini den Berliner Standpunkt präzisiert hatte. Da sind dann die Gauvertreter dieser Stellungnahme entgegengetreten, und das um so mehr, als die nachfolgenden Berliner Redner den Eindruck noch ver-

stärkten, daß Berlin und nicht der Verbandsvorstand zwischen sich und der „andern Kollegenschaft“ Schranken aufbauen wollte. Was der Verbandsvorstand in der Berliner Versammlung am 4. Mai ausführte und vorzuschlug, war jedenfalls ein ganz anderer Weg als der schon betretene von Seiten Berlins. Die Bandwurmmresolution mit der höchst unklaren Mehrforderung von 15 Mk., die ja in der Versammlung selbst Zweifel begegnete, wie sie aufzufassen war, erschien dem Verbandsvorstand eben undiskutierbar.

Die Behauptung in dem Berichte, die Berliner Prinzipale hätten ein besseres Verständnis für die besonderen Berliner Verhältnisse bewiesen als die Gauvorsteherkonferenz, steht also auf recht schwachen Füßen. Die ursprüngliche Forderung, die vom Tarifausschusse beschlossene Teuerungsulage um 15 Mk. pro Woche und Gehilfe zu erhöhen — so die richtige Auslegung! — und Anrechnung der Teuerungsulage auch bei Überstunden und Sonntagsarbeit, war vor den Verhandlungen mit der Berliner Prinzipalität schon zurückgezogen. Die dann gestellte, die tarifliche Teuerungsulage um 6 Mk. für jeden Gehilfen und jede Woche mit der Anrechnung auf Überstunden usw. zu erhöhen, wurde nach längerer Beratung von den Prinzipalen abgelehnt. Dann ist es zu einer Verständigung auf der aus dem Versammlungsbericht erkennbaren Basis gekommen. Wie die Meinung darüber bei den Berliner Prinzipalen ist, hat deren Beschluß vom 7. Juni gezeigt. Man unterscheide deshalb nicht — und beleidige damit — zwischen schlechterem Verständnis der Gauvorsteherkonferenz und einem besseren der Berliner Prinzipale. Mißgönner wird den Berliner Kollegen das Erreichte niemand. Die Mehrheit der Medaille wollen wir in kollegialer Schonung unbeachtet lassen; vorausgesetzt, daß man uns nicht auch hier zwingt, deutlicher zu werden.

Würde unsre Zeit es zulassen und eine Notwendigkeit tatsächlich vorliegen, das „Sündenregister“ des „Korr.“ in puncto Berlin aufzurollen, dann wäre festzustellen, daß eine jede Leitung des Verbandsorgans häufig bei den Berliner Kollegen unten durch gewesen ist. (Die wir übrigens nicht samt und sonders mit der Art und Weise einverstand zu wissen brauchen, wie man dort „Verbandspolitik“ treibt.) Es käme so freilich auch an den Tag, daß dem „Kreuzige“ stets in hübscher Abwechslung ein „Hofmann“ folgte. Mit dem „alten Härtel“ hat dieses Wechselspiel kräftig begonnen, und in diesen schweren Tagen findet der schon so alte Film immer noch ein interessiertes Publikum. Die Diskussion in der Berliner Versammlung (1. Juni) hat ja knüppeldicke Vorwürfe gegen den „Korr.“ gebracht; man griff zu dem Mittel des Seerens und Federns wie einst in dem Unabhängigkeitskriege zwischen Engländern und Amerikanern. In unverantwortlicher Weise soll die Redaktion die Bestrebungen der Berliner Kollegenschaft zur Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage durchquer haben usw. Von all den Scheudaten, die erfindungsreiche Köpfe entdeckten, um einen Mißhaber für ihre wirklich nicht ingeniösen Eingebungen von gewerkschaftlicher Taktik zu haben, ist uns rein nichts bekannt.

Daß wir in Nr. 26 den statistischen Artikel des Kollegen R. Albrecht über die Berliner Lohnverhältnisse so gleich nach Eingang in Hervorhebungen gebracht haben, spricht zunächst dagegen. Im April und Mai ist es dann nicht anders gewesen als im März bei Aufnahme der Albrechtschen Ausführungen, die auf eine bessere Anpassung an die Teuerungsverhältnisse abzielten. In Nr. 46, also ein paar Tage vor den Leipziger Verhandlungen, sind solche kritischen Lohnstatistiken sogar als Beispiel empfohlen worden, um als Material zu dienen, in den Teuerungsulagen weitere Zugeständnisse zu erreichen. Nachdem die neuen Vereinbarungen in Leipzig getroffen waren, sind in zwei Rundschauheften, die wir in Nr. 49 und 51 nachzulesen bitten, kurze Mitteilungen über das Zustandekommen und die Zustimmung des Tarifausschusses zu den dritten Teuerungsulagen erschienen. Sein Wort von Berlin! Im übrigen kurz der Wunsch auf befriedigende Aufnahme in der Gehilfenschaft. Trotzdem wurde in der Berliner Versammlung am 4. Mai schon der Charakter des

„Korr.“ als Arbeiterblatt in Zweifel gezogen, wenn das auch in dem Berichte (Nr. 56) nicht deutlich zum Ausdruck kommt. In Nr. 52 (5. Mai) wieder nicht die geringste Bezugnahme auf Berlin. Das Urteil über das Erreichste ging nach einer tabellarischen Aufzählung der dreimaligen Steuererhöhungenbewilligungen in diesem Artikel dahin:

Diese Gegenüberstellungen sollen die Entwicklung unserer Steuererhöhungen darstellend darstellen, die in prinzipieller Beziehung einen offensiblen Fortschritt bekundet. Das materielle Ergebnis an sich ist auch ein besseres gegen früher, wenigstens von einem Ausgange mit den Steuerungsverhältnissen keine Rede sein kann. Das ist ja unmöglich. Ihre Notlage ist etwas erleichtert usw.

Diese Beurteilung deckt sich vollständig mit der in den meisten Mitgliedern und der der Gauvorsteherkonferenz, wie auch mit dem im „Typograph“ (Nr. 21) Gelagten. Ein zweiter Artikel in Nr. 53 (8. Mai) enthält dann die erste Bemerkung über die Berliner Veranlassung vom 4. Mai. Wer diese wenigen Zeilen (zweite Seite erster Absatz) liest, kann nichts weiter darin finden als eine ganz inappropiate Zurückweisung der gegen die Zentralorgane des Verbandes in jener Versammlung erhobenen Vorwürfe. In Nr. 55 (15. Mai) beleuchten wir zum ersten Male von der Freien Vereinigung der Prinzipale in Berlin sich zeigenden Widerstand und stellen dazu die Stellungnahme der Berliner Kollegenchaft in Vergleich. Von einem näheren Eingehen nahmen wir unter Bezugnahme auf die bevorstehende Gauvorsteherkonferenz Abstand. Der für Berlin geltende Satz:

„Es ist möglich, auf dem Wege der Verkündigung etwas mehr zu erreichen, da es sich ja um Mindestsätze bei den Steuererhöhungen handelt, so wird das nicht verwehrt werden können,

wird nirgends sonst die Auffassung erweckt haben, wir hätten „in unverantwortlicher Weise“ den Berliner Kollegen „Anstüßel zwischen die Beine geworfen“ und die Berliner Prinzipale durch unsere Stellungnahme in ihrem Widerstande gestärkt, wie in der Diskussion am 1. Juni gesagt wurde. Wer das behauptet, kann den „Korr.“ gar nicht gelesen haben. Das ist allerdings eine Annahme, die sich nicht nur bei dieser Gelegenheit aufzwingt. Die sich gegen den „Korr.“ richtenden Schmähungen zerfallen also in nichts.

Wie der „Korr.“ während der Bewegung der Berliner Kollegenchaft sich hätte „zum mindesten neutral verhalten müssen“, ist uns nicht verständlich. Erstens hat er alle Vorgänge im Verbands, soweit sie ihm bekannt sind, zu verfolgen, zweitens soll er ein eigenes Urteil haben, und drittens kann er doch nicht schweigen, wie in andern Mitgliedern die Stellungnahme ausfällt, nur weil Berlin sich verkehrt in den Sattel gesetzt hat und deshalb nicht mittels eines Fufarenritzes sein Ziel völlig zu erreichen vermochte. Auf der Konferenz des Gauverbandes (siehe vorige Nummer) ist der „Korr.“ getadelt worden, daß er zu duldiam gegen Berlin sei, also zu neutral — so verschiedlich sind die Ansichten! Diese Meinung der mittelehrlichen Funktionäre stimmt indes nicht. Wir sind ebensowenig gegen Berlin voreingenommen, wie man dort nicht selten behauptet, noch betrachten wir es als unsere Mission, vor allem, was allda geschieht, das Wehrschuß zu schwingen. Es geht vielmehr, so nachdem die Kurssteuerung in Berlin ist. Und da müssen wir denn jetzt sagen: Es hat große Überwindung gekostet, den Vorgängen in Berlin in solcher immerhin weitgehenden Passivität bis zur Gauvorsteherkonferenz zuzusehen. Wenn man in Berlin, wo ja das Rheingold der Tarifgemeinschaft zu suchen sein soll, nicht mit einem Gedanken auf die Möglichkeit gekommen ist, die Prinzipalität könnte die Durchführung der neuen tariflichen Steuererhöhungen im allgemeinen abhängig machen von der vorherigen Erledigung des Vorgehens der Berliner Gehilfen, so kann man darin nur eine erbarmliche Wirklichkeit gegen die Interessen der „Provinz“ erblicken. Wir gestehen, diese Beklemmung gehabt zu haben, weil es in wirtschaftlichen Interessenskreise schon vorgekommen ist, daß andre Unternehmerorganisationen in ähnlicher Situation eine solche *Condicio sine qua non* gestellt und durchgesetzt haben. Bei uns war zudem die Einwirkung bis zur zweiten Malwoche zugelassen. Daß wir auch in diesem Falle schwiegen, hat nicht nur an der durch die Art des Berliner Vorgehens drohenden Gefahr vorüberkommen lassen, es ist gleichfalls so noch ein energisches Frontmachen der „Provinz“ gegen Berlin vermeiden werden. Trostlos: Der „Korr.“ hat an allem schuld, ist ein wahrer Sündenbock.

Der Artikel des Feldgrauen Kollegen über die neuen Steuererhöhungen (Nr. 55) hat es den Berlinern besonders angetan; es wird sogar behauptet, der Entsender habe sich auf die Berliner Kollegen gestützt. Dabei können nur ganze acht Zeilen für diese zwangswise Auslegung dienen, alles andre ist allgemein gesagt. Artikel von Feldgrauen Kollegen hat der „Korr.“ schon oft gebracht, warum sollte es nicht in dieser wichtigen Angelegenheit geschehen? Sonst wird Freude empfunden über die Aufkündigung unserer Kollegen im Verhältnis zu den organisierten, tariflichen und gewerblichen Vorgängen; weil diesem Feld-

grauen nun Bedenken über Andeutungen von uns wegen Berlin aufstehen und sachlich geäußert wurden, brennt es gleich in Berlin. Dies spricht wahrlich nicht dafür, daß man von der Richtigkeit des gewählten Vorgehens selbst überzeugt ist! Aberhaupt müssen für die im ganzen sich zeigende Gereiztheit noch andre Gründe vorhanden sein. Aber die Schnelligkeit der Aufnahme des in Frage stehenden Artikels wie über seinen Verfasser hat man die scharfsinnigsten Vermutungen geäußert und ist zu gerade spitzhaften Schlüssen gekommen. Daß der betreffende Kollege nicht im Schützengraben steckt, hat er ja selbst zu verstehen gegeben; daß ein solcher Artikel nur Werk behält, wenn er schnellstens gebracht wird, sollten Buchdrucker doch verstehen; und daß der Verfasser sehr aufmerksam sich um alles kümmert, zeigt sein vorhergehender Aufsatz in Nr. 45, der sich etwas auch mit den Steuererhöhungen befaßt. Den so berühmt gewordenen Feldgrauen kann man übrigens schon im vergangenen Jahr im „Korr.“ finden.

Was in der Diskussion die tollste Leistung der Redaktion genannt wurde, nämlich die nicht wortgetreue Aufnahme der Anhängigung einer allgemeinen Versammlung zum 15. Mai, durch den Gehilfenvertreter, findet einfache Aufklärung: Berlin wollte einen Antrag auf Revision des Tarifs die Zustimmung der dortigen Kollegenchaft verschaffen. Die am 21. Mai zusammengetretene Konferenz der Gauvorsteher und Gehilfenvertreter haßte sich aber teilweise mit dieser Angelegenheit zu befassen, was der Berliner Zeitung sehr wohl bekannt war. Keinem andern Gau und keiner Mitgliedschaft wäre und ist es eingefallen, von dem alten Brauche abzugehen, erst die berufene Körperschaft dazu Stellung nehmen zu lassen. Berlin beliebe sich jedoch auch darüber hinwegzusetzen und wolle auf öffentlichem Markte beistehen. Die Versammlungsanzeige wollten wir daher erst gar nicht aufnehmen, da aber eine Terminverlegung telephonisch mitgeteilt wurde, so wurde auf demselben Wege gleich mitgeteilt, daß mit dem bewußten Tagesordnungspunkte das Inferat keine Aufnahme finden werde. Natürlich protestierte Berlin dagegen, aber es gab nur ein Entweder—Oder von uns aus. Die Begründung erfolgte schriftlich. Man stelle sich vor, der „Korr.“ würde einige Tage vor Zusammenkunft einer solchen Konferenz eine diffizile Frage, von der jeder weiß, daß ihre öffentliche Behandlung in diesem Stadium nicht gut möglich ist, zur Debatte stellen und den Reigen dazu selbst eröffnen! Ob da nicht Berlin mit am lauteften nach schleunigster Kalkulation des Redakteurs verlangen würde?

So sehen also die „Sünden“ der Redaktion gegenüber Berlin aus!

In vorstehendem haben wir somit die meisten Vorwürfe berührt, die neben der Redaktion des „Korr.“ dem Verbandsvorstande gemacht wurden. Es ist eine der iberstehen Gepflogenheiten in Arbeiterkreisen, falls die Verwirklichung begabter Wünsche an der starken Macht der Tatsachen scheitert, nicht etwa die Ursachen fehlerhaft zu analysieren, sondern die „Führer“ verantwortlich zu machen. Unfähigkeit, Bequemlichkeitsinn, Verlust des kollegialen Empfindens infolge längerer Dauer der „gehobenen Lebensstellung“, wenn nicht noch Schlimmeres, wird den „Führern“ in die Schuhe geschoben und wohl gar atgedeutet, sie bei nächster Gelegenheit aus dem Amte zu entfernen.

Was also Wunder, wenn in der Versammlung vom 1. Juni sich jemand fand, der sich so geschmackvolle Hinweise nicht verknappen konnte und meinte, bei dem Alter verschiedener „Beamter“ im Vorstand und bei der in naher Aussicht stehenden Pensionierung sei es nabeliegend, wenn „man“ der Lage der arbeitenden Kollegen so wenig Verständnis entgegenbringe. Auch der Vergleich der den in Lohn und Brot stehenden Mitgliedern prinzipalsseitig gewährten Steuererhöhungen mit den den Angestellten bewilligten Zulagen durfte in diesem Zusammenhange nicht fehlen. Da sich bekanntlich über den Geschmack streiten läßt, seien diese Erklärungen auf das Gebiet „kollegialen“ Gehilfs lediglich deshalb registriert, um das Gesamtbild zu vervollständigen. Sie sinken allerdings hinsichtlich der Bedeutung zurück gegenüber den grundsätzlichen Meinungsverhältnissen, die zwischen der Verbandsleitung und der Berliner Vertretung bestehen angesichts der von letzterer vertriehenen Forderung auf Schaffung einer Sonderstellung Berlins und der weitergehenden, der Verbandsvorstand möge hierzu seine Hilfe leisten.

Aber das Welen einer zentral gerichteten gewerkschaftlichen Organisation sollte, zum wenigsten in den Kreisen logisch denkender und ihrer Verantwortung bewußter Kollegen, ein Zweifel nicht bestehen, ebensowenig darüber, daß der Vorstand einer solchen Gewerkschaft in demselben Augenblicke die Amtsentsetzung wirklich verdiente, wo er dahingehenden Wünschen einer Mitgliedschaft, sei es auch selbst die des größten Gauverbandes, nicht ein entscheidendes Nein entgegensetzte. Aber die Erschwerung gewerkschaftlicher Lebensmöglichkeiten infolge der Hindernisse, die sich der Schaffung nationaler Tarife darbieten, möge man einmal Nachfrage bei den Organisationen halten, die sich bisher mit lokalen oder Bezirkskreisen begnügen mußten. Den Buchdruckern zuzumuten, sich für eine rückwärtige Behandlung der Tarifpolitik zu begeltern, ist ein mehr als naives

Anfinnen, das nicht einmal mit „gesundem Egoismus“ begründet werden könnte.

Glaubt man im Ernst, die sogenannte Provinz würde sich jemals bereitfinden lassen, die Wohlfahrt zentralen Wirkens auf tariflichem und rein gewerkschaftlichem Gebiete preiszugeben, nur, um einem einzelnen Gau die zweifelhafte Möglichkeit zu geben, eine kaum je wiederkehrende Situation zu seinen Gunsten auszunutzen? Und ist man in Berlin ernstlich der Meinung, man würde einen etwaigen Augenblickserfolg auf die Dauer konvertieren können, ohne daß die „Provinz“ materiell und geistig sich hierfür engagieren müßte? Das würde denn doch von dieser selben „Provinz“ ein über alles Menschliche hinausgehendes Maß von Selbstverleugnung und Geduld voraussetzen, das man höchstens bei gewissen Wohltätigern finden kann. Den Wahlspruch „Einer für alle und alle für einen!“ kann man doch nicht in dem Sinn ausmünzen, daß man lediglich den zweiten Sachteil dauernd für sich in Wirksamkeit gesetzt sehen möchte!

Es ist also mindestens ein arges Verkennen der Sachlage, wenn man in Berlin die Dinge so darstelle, als hätten Verbandsvorstand und Redaktion das unbefriedigende Abschneiden der Berliner Vertretung auf der Gauvorsteherkonferenz dadurch bewirkt, daß sie gemeinsam die Gauvorsteher gegen Berlin „aufgehetzt“ haben. Daß es nicht beiden Instanzen jedwede Neigung; ganz abgesehen davon, daß eine perartige Behauptung die Gauvorsteher als Persönlichkeiten erscheinen läßt, die jedweder Beeinflussung selbst dann zugänglich sind, wenn maßgebende Gründe für eine solche Betätigung fehlen. Aber diese oberflächliche Bewertung des eignen Gewichtes und des der andern geht eben an dem Kern vorüber, den kurz bezeichnet zu haben für den Augenblick genügen muß. Die Forderung auf eine Sonderstellung Berlins ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der übrigen Kollegenchaft, das Anstehen, die übrigen Gauen sollten die moralischen und materiellen Konsequenzen für diese Bevorzugung Berlins übernehmen, ohne auch nur den geringsten Gegenwert für diese Selbstentfäuerung zu empfangen, die Folgen eines solchen Schrittes für die ganze Zukunft des Verbandes — das war es, was instinktiv schon den energischen Widerspruch nahezu aller übrigen Gauvertreter hervorrief. Nur ein getriebener Blick für die Realitäten des Lebens kann diesen Widerstand auf ein Aufpuffen der „Provinz“ gegen „be-rechtigte Sonderwünsche“ eines Gauverbandes zurückführen. Glaubt die Berliner Vertretung, auf ihrem Gebahren beharren zu müssen, so kann sie ja die Probe aus dem Gremel auf der nächsten Generalversammlung des Verbandes machen.

Gerade weil das Fortspinnen des in Berlin ja nicht seit gestern spühtenden Gedankens auf Herbeiführung einer Sonderstellung die Trennung Berlins vom Verbandsverbanden und damit die Schwächung beider Teile notgedrungen hervorbringen muß, fand er so entschlobenen Widerspruch, und auf die ständige Wiederholung dieser Forderung ist der gegen die Berliner Vertretung erhobene Vorwurf zurückzuführen, sie fätere die Berliner Kollegen mit Verheißungen, die nicht erfüllt werden können, ohne, wie gesagt, beide Teile empfindlich zu schädigen. Um dies und nichts andres handelte es sich im wesentlichen bei der Aussprache auf der Konferenz.

Wenn die Sache so dargestellt wird, als gäbten gewissermaßen Verbandsvorstand, Redaktion und Gauvorsteher der Berliner Kollegenchaft eine materielle Besserstellung nicht, so stellt man sich damit bewußt in Widerspruch mit der Wahrheit. Was gegen das Berliner Vorgehen eingewandt wurde, bezog sich auf die eingeschlagenen Wege. Es ist darum auch entschieden zu verurteilen, wenn in der Versammlung am 1. Juni die Redewendung fiel: „Wir haben erreicht, was wir wollten; wäre das aber nicht der Fall und die Prinzipale hätten abgelehnt, dann hätten Sie einmal das Wohlgefallen hören sollen! Die Prinzipale hatten aber mehr Verständnis für unsere Lage als die Gauvorsteherkonferenz und der Verbandsvorstand!“ Diese Venterkung stellt alles andre denn einen Hochstand kollegialen Denkens dar und einen Mangel an Objektivität dazu, worüber kein Wort weiter zu ver-tieren ist.

Für den Augenblick dürfte sich weiteres erübrigen. Was sonst zur Sache selbst noch zu sagen ist, wird zu gegebener Zeit und vor dem zuständigen Forum geschehen. Die Gauvorsteher, denen in der Berliner Versammlung vom 1. Juni eine Rolle zugeschoben wurde, die mit den tatsächlichen Begebenheiten so gar nicht in Einklang zu bringen ist, haben in Wirklichkeit gleich Verbandsvorstand und Redaktion auf der Berliner Konferenz gesagt, daß ihnen an einem gedulichen Zusammenarbeiten im Interesse des Gauverbandes sehr viel gelegen ist. Bei der Berichterstattung draußen im Reiche haben, wie an gleich mehreren Beispielen in voriger Nummer zu sehen ist, die Gauvorsteher sehr wohl unterschieden, was für Berlin als berechtigt anerkannt und was organisiatorisch oder gewerkschaftlich untauglich an ihrem Verhalten verurteilt werden muß. Diese zu einem ansehnlichen Teile jahrzehntelang auf ihren Posten wirkenden und deshalb mit den Berliner Verhältnissen und Vorgängen hinreichend vertrauten Kollegen werden aber auch zu einer schärferen Stellungnahme

gegen Berlin gedrängt, wenn dort in Versammlungen überwiegend Töne gefunden werden, die zum Zusammenfinden ebenso geeignet sind wie die Unregelmäßigkeiten von Frankreich, England und Italien für einen Verständigungsfrieden. Man wundert sich also in Berlin nicht, wenn der Berichterstattungsbericht in voriger Nummer ein nicht angenehmes klingendes Echo finden sollte.

Auf zwei Begleitererscheinungen, deren Bedeutung nur in ihrer Bedenksamkeit liegt, muß noch abgehandelt eingegangen werden. Am 7. Juni hätte dem deutschen Seeresbericht die Meldung über eine wilde Affäre der „Mitteilungen“ des Berliner Vereins gegen den „Korr.“ hinzugefügt werden müssen. Auf nur 22 Zeilen Raum würde da eine Schimpfkanonade entlassen, die mit jedem Trommelfeuer einen Vergleich auszuhalten vermag.

Unter Konferenzartikeln in Nr. 62 soll alles andere denn objektiv sein, sogar an verschiedenen Stellen mit der Wahrheit direkt in Widerspruch stehen. Er soll auch nur dazu bestimmt sein — welche eine blutleere Phantasie an sich! —, „den Berliner Gau und seine Funktionäre herabzuwürdigen“. Als die Krone der Hinterhältigkeit wird der Schlußsatz bezeichnet, der Bericht sei in Rücksicht der in Berlin noch zu unternehmenden Schritte so spät veröffentlicht worden. Als die Verhandlungen mit der Prinzipalität stattfanden, wären diese von dem Ergebnis der Gauvorsteherkonferenz genau unterrichtet gewesen. Warum also diese Heuchelei vom „Korr.“, wird zum Abschluß dieser groben Posterei gesagt, in der übrigens Fortsetzung der Berliner Klärungen angekündigt wird mit der Erklärung, die nächste Berliner Generalversammlung müsse sich mit der Berichtserstattung des „Korr.“ über die Gauvorsteherkonferenz befassen. „Für Unterhaltung ist bestens gesorgt“, kann es also in der Einladung für die nächste Berliner Versammlung heißen.

Wir unterseits möchten vorab zurückfragen, wem die neue Verdächtigung mit der genauen Unterrichtung der Prinzipale über die Gauvorsteherkonferenz gelten soll? Lebft man etwa in dem Wahne, der Verbandsvorstand oder die Redaktion hätten den Berliner Prinzipalen einen Immediatvortrag darüber gehalten? Nach dem Versammlungsbericht aus Berlin in Nr. 68 zu schließen, wäre auch eine solche Ausschweifung der jetzt dort so üppigen Verdächtigungsmante nicht unmöglich.

Tatsache ist, daß vom Redakteur noch in Berlin dem Verbandsvorstand der Vorschlag gemacht wurde, den Konferenzartikel erst nach den Verhandlungen mit der Prinzipalität in Berlin zu bringen, und die dafür in Nr. 62 angegebenen Gründe entsprechen durchaus der für Berlin geübten guten Absicht. Wenn am 31. Mai, d. h. am Tage der öffentlichen Verhandlungen, der Bericht erschienen wäre, würde die Enttäuschung in Berlin sicher keine Grenzen gekannt haben. Nun wir den Artikel erst am 2. Juni erscheinen lassen, und somit in keiner Weise eine Störung in den beiderseitigen Abmachungen dadurch hervorgerufen werden konnte, quillert man den gezeigten Takt und die geliebte Rücksicht mit dem perfiden Vorwurfe der Heuchelei! Nach den mehrfachen Unterstellungen in dem Berichte, die einander überbieten in nobler Gefinnung, kann man sich kaum eine Vorstellung machen von dem elementaren Ereignis, wenn das angebeutete Zusammenreffen Tatsache geworden wäre.

Jedenfalls ist hier voll vom „Korr.“ Bedacht darauf genommen, daß die Prinzipale nicht zu früh erfahren haben, wie die Gauvorsteherkonferenz das ganz aus dem Rahmen fallende Vorgehen von Berlin beurteilt hat. Die Berliner Gauleitung aber fand es richtiger, über die zwei vorübergehenden Versammlungen sogleich im „Vorwärts“ ausführlich berichten zu lassen, damit ja alles an die große Glocke kommt und die Prinzipale dadurch in Kenntnis gebracht werden. Wenn dann das lächerliche Kartenhaus zusammenklappt, dann ist ja der „Korr.“ da, dem man die Folgen der eignen Ahnungslosigkeit von richtiger gewerkschaftlicher Taktik auf seinen Sündenbuche gerben kann.

Aber die unferne Konferenzartikel nachgelagten großen Mängel an Objektivität kann man sich mit Berlin nicht auseinandersetzen. Eine zweiwöchige, mit totalem Mißerfolg ausgehende Debatte über Berliner Vorgänge von dieser Art im Sinne der unterlegenen Berliner objektiv zu beschreiben, wäre nur durch totales Anschweigen über die zwei Tage, also über den Kern der letzten Gauvorsteherkonferenz, möglich gewesen. Das ging natürlich nicht an. Es mußte vielmehr gar nicht so wenig gesagt werden, weil es sich um eine vergrößerte und vergrößerte Auflage von früheren Berliner Vorgängen handelte. So war also das vorausgehende Anglick fertig für die Redaktion. Wenn aber die Gauvorsteher bei ihrer mündlichen Berichtserstattung die des „Korr.“ zu ergänzen für notwendig befanden, dann kann im „Korr.“ trotzdem nicht zu viel gesagt sein. Wir wären begierig, das Urteil der Berliner Teilnehmer an der Gauvorsteherkonferenz über eine derartige ergänzende mündliche Berichtserstattung zu hören, wenn sie einer solchen betörenden könnten.

Wir überlassen den Berichter „Mitteilungen“ die Entdeckung der tendenziösen Berichtserstattung des „Korr.“ als

Berechtigung zur Patentanmeldung und gehen über den knipfeligen Vorwurf, wir hätten nur den Berliner Gau und seine Funktionäre herabgewürdigt, zur Tagesordnung über. Es gehört das mit zu den sinnlosen Anschuldigungen wie zum Schluß des Berichterstattungsberichts: „In Anbetracht der Widerstände der berufenen Vertreter der Gehilfenschaft“ sei es verständlich, „daß nicht mehr erreicht werden konnte“.

Die Krönung der Berliner Vorgänge bildet das Ereignis vom 5. Juni: eine Berliner Bündlerversammlung als Tribuna! über den „Korr.“! Eigentlich über die Gauvorsteherkonferenz selbst. Denn was „46 der hervorragendsten Verbandsführer“, wie im „Typograph“ gesagt wird, in dieser oder jener Beziehung ausgeführt haben, und was dann als die Stellungnahme der Konferenz sich ergeben hat, ist doch kein spezielles Produkt der Tätigkeit des „Korr.“, der zusammengefaßt nur wiedergab, was aus den wahrlich nicht wenigen Reden hervorging.

Wohl ist es auch sonst schon zu beobachten gewesen, daß über Splitterorganisationen mit einemmal ein ungewöhnlicher Radikalismus kommt. Dann aber war es immer der Fall, daß ihnen eine außerordentlich glänzende, an sich von einer Störung des normalen Laufs der Dinge zeugende Gelegenheit geboten wurde, als starke Männer zu posieren, ohne selbst große Kosten und Verantwortung dabei zu riskieren.

Redakteur Treffert referierte über die Berliner Nachbewegung. Die ergiebige Diskussion gab aber erst den Reiz an. Die zeitliche Angriffe auf den „Korr.“ wie Tafel gegen verschiedene Reden, daß man ganz frappiert über die verwandten Klänge in der Diskussion vom 1. Juni bei unsern Berliner Kollegen sein muß. Der Bericht des „Korr.“ über die Gauvorsteherkonferenz, in dem nicht ein einziges Moment Veranlassung bietet, daß eine Mitgliedschaft der Sonderorganisation unter den Gehilfen in eine Verbandsangelegenheit dreinreden könnte, hat es den Berliner Bündlern nicht minder angefallen als der Versammlung unser Kollegen in Berlin. Man ging sogar noch weiter als diese, indem gerügt wurde, daß über die allgemeine Versammlung (15. Mai) im „Korr.“ kein Bericht erschienen ist. Hier zeigte man sich aber doch schlecht unterrichtet, denn sonst würde sich dieser „Anklagepunkt“ erübrig haben, weil jener Bericht gar nicht nach Leipzig gelangt ist. Der „Typ.“-Redakteur erklärte mit Biedermeiermienen, das Bundesorgan hätte im Interesse des Burgfriedens zu all den erw. hnten Dingen bis jetzt geschwiegen, und nannte das Vorgehen des „Korr.“ bedauerlich. Von seiner Zurückhaltung — in der Nummer vom 25. Mai konnte der „Typ.“ bei der Behandlung der allgemeinen Versammlung sie kaum noch bewahren — wurde der Redakteur dann feierlich entbunden und ihm aufgetragen, den Bericht über diese Versammlung (5. Juni) ohne Striche zu bringen.

Uns müssen wir nun gestehen: die Berliner „besonderen Verhältnisse“ können nicht mehr bestritten werden! Die waffenbrüderliche Vereinigung von 1917 zwischen Verband und Guttenbergbund dort muß mit ihrer Lebensäußerung gegen den „Korr.“ und schließlich auch gegen die Gauvorsteherkonferenz jeden Zweifel daran beseitigen. Tatsachen müssen eben anerkannt werden.

Was in der Berliner Bündlerversammlung gegen den „Korr.“ ausgemittelt wurde hinsichtlich späterer Verhandlungen mit der Prinzipalität, hat sich schnell in anderer Richtung befestigt. Man wird ja in Berlin die Stellungnahme der örtlichen Prinzipalversammlung vom 7. Juni kennen, die jedoch in keiner Weise auf den „Korr.“, sondern lediglich auf das diesmalige Vorgehen der Berliner Gehilfenschaft zurückzuführen ist. Die Verständigung selbst wird nicht dadurch betroffen. Insofern sind wir beruhigt und betriebligt.

Wie wir es ablehnen, für Berliner Sondervorfstellungen eine gute Presse abzugeben, und noch entschiedener uns dafür bedanken, falls nicht voller Erfolg bei jeder Szene beschieden ist, die Verantwortung zu fragen, so weisen wir es grundsätzlich ab, von einer Versammlung des Guttenbergbundes Belehrung entgegenzunehmen, was einem Gehilfenblatte geziemend. Diese Annahme übersteigt alles. Sie macht sich wundervoll, wenn man der Art und Weise gedenkt, wie im Januar d. J. das Bundesorgan anlässlich der Erinnerung an die Beendigung unfers heroischen Neunkundenkampfes über die dazu führenden Forderungen und Beweggründe sich vernehmen ließ. Es war das so starke Tabak von einem Arbeiterblatte, daß auch der Verbandsvorstand in Nr. 13 des „Korr.“ sich dagegen wandte. Wie denn der „Substanzartikel“ des „Typ.“ zum fünfjährigen Bestehen des Verbandes im vorigen Jahre ebenfalls von einer Gefinnung zeugte, die auch unter den etwas andern Verhältnissen jetzt nachwirkend noch zu angemessener Reserve nötigen muß.

Läßt man die Berliner Vorgänge so an sich vorüberziehen und steht schließlich vor diesem Höhenpunkte wie voran, dann wird nicht in bezug auf den Verbandsverband und weiter nicht in bezug auf den „Korr.“ das Schillerwort Wahrheit: „... und die Szene wird zum Tribunal!“

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

T. Krefeld. Am 9. Juni fand die erste Monatsversammlung unter Leitung des neuen Vorsitzenden Enger statt, die leider nur von 24 Kollegen besucht war; allerdings regnete es gerade zur Versammlungszeit in Strömen. Zunächst wurde auf Antrag eines Revisors dem Kassierer die noch ausstehende Entlastung für das erste Vierteljahr 1917 einstimmig erteilt. Dann folgte der ausführliche Bericht des Vorsitzenden über die Bezirksvorsteherkonferenz am 3. Juni in Köln. Die Versammlung erklärte sich mit den dort geflogenen Verhandlungen einverstanden, bis auf die Staffellung der Feuerungsanlagen. Unter „tariflichem“ mußte wiederum der schleppende Geschäftsgang des hiesigen Tarifschiedsgerichts und der Gehilfenprüfungskommission (soweit die Prinzipale in Betracht kommen) bemängelt werden. Dabei wurde freilich auch festgestellt, daß unser Tariffunktionär es manchmal an der nötigen Energie fehlen läßt und deshalb mit beiträgt zu diesen unerquicklichen Zuständen. Innerhalb zwei Jahren wurde nur ein Gehilfe am Orte geprüft, der erfreulicherweise das Prädikat „Recht gut“ davontrug. Baldige Beendigung der genannten Mißstände soll energig angestrebt werden. Aus dem Kartellberichte sind bemerkenswert die Ausführungen über die Konferenz der Arbeiter beider Richtungen beim hiesigen Oberbürgermeister in Fragen der Lebensmittelförderung und -prelle; des ferneren über die Handhabung bei der Ausfertigung von Zubehörskarten für Schwerarbeiter in den verschiedenen Polizeibezirken. Eine neugewählte Beisitzerdekontrollkommission nimmt Beschwerden dieserhalb entgegen.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde stehenden Mitgliedern unser Organisations erhalten das Eiserne Kreuz: Eduard Wagner (Bochum), Albert Jahn (Borna), Paul Bodung (Buch b. Polzdam), Georg Schwägerl (Landsbut), Otto Staubitz (Meme), Joseph Christ und Louis Marchand (Reichlinghausen) sowie Otto Kutsch. Damit haben bis jetzt 3800 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erhalten.

Die Buchdrucker als Schwer- und Schwerstarbeiter. In Allenburg sind unsere Kollegen als Schwerarbeiter anerkannt worden. Durch Bros- und Karosellausfaharten wird ihnen etwas Erleichterung verschafft. — Der Vorsitzende des Ortsvereins Borna b. E. erreichte durch eine Eingabe die Einreihung der Buchdrucker unter die Schwerarbeiter, womit die Gewährung erhöhter Rationen verbunden ist. — Auch in Pforzheim erhalten die Buchdrucker Zubehörskarten, Notationsmaschinenmeister und Stereotypen Karosellausgabe.

Feuerungsanlagen für Buchdruckerhelflinge. Eine Prinzipalversammlung in Frankfurt a. M. beschloß Gewährung von monatlich 6 Mk. an die Belehrlinge. Wo noch nicht in dieser oder ähnlicher Weise auf den gewerkschaftlichen Nachwuchs Rücksicht genommen wurde, möge man dem Beispiele von Frankfurt und andern Vorbildern folgen.

Gehilfenprüfungen. Aus einem Verammlungsbericht der Buch- und Steindruckervereinigung Schweißdich ist nachträglich zu erfahren, daß in der Osterzeit 24 Setzer- und 3 Druckerhelflinge geprüft worden sind. Der Einfluß des Krieges durch Entberufung des Prinzipals und der Gehilfen habe sich hinsichtlich der Ausbildung bei mancher Drucker bemerkbar gemacht.

Geschäftsjubiläum. Die Minifische Buchdruckerei (Karl und Heinrich Hörmann) in Hof feierte ihr 275jähriges Bestehen. — Die „Mittelrheinische Volkszeitung“ in Bingen bestand kürzlich 70 Jahre.

Einstellung des Erbkennens. Die im Verlage von M. J. Leentz in Leer erscheinende „Ems- und Leba-Zeitung“ hat ihr Erscheinen eingestellt.

Guttenberggesellschaft in Mainz. Die um Johanni sonst stattfindende Jahresversammlung dieser über das ganze Reich sich ausdehnenden Gesellschaft findet vorderhand nicht statt. Wenn die Verhältnisse es gestatten, soll im Sommer oder Herbst Nachholung erfolgen.

Gehilfenprüfung für falsche Profisubstanzarten. Der Kriminalpolizei in Essen ist es gelungen, eine Geheimdruckerei in größerem Stil für solche Substanzarten ausfindig zu machen. 1500 dieser falsche Substanzarten beschlagnahmt werden. Verhaftet wurden vier Schriftsetzer, ein Buchbinder, ein Monteur, ein Schlosser, ein Graveur sowie ein paar Hebeleute. Personen, die die Marken angekauft und darauf Brot entnommen, wurden ebenfalls ermittelt. Bekanntlich werden für solche Vergehen immer höhere Strafen ausgeworfen, so daß noch eindringlicher vor derartigen Tun zu warnen ist.

Richtigkeit einer Notiz über Brothartenfälschungen. In Nr. 67 berichteten wir in Augsburg sei ein Berliner Malchenfänger, der in Bad Reichenhall konditionierte, verurteilt worden. Das stimmt nicht ganz. Die Verurteilung erfolgte in Bad Reichenhall; ein mit angelegter Lehrling kam mit einem Verweise davon. Nach einer Zeitungsmitteilung, der wir gefolgt sind, sollte die Bestrafung in Augsburg geschehen sein. Der Irrtum klärt sich auf diese Weise auf.

„Freiheit“ in Frankreich. Der Sturz des alten Regiments in Russland hat der russischen Presse mit einem Male völlige Freiheit gebracht. So steht es in der russischen Republik Mailenz recht erfreulich aus und die geistige Bewegungsmöglichkeit. In der alten Republik Frankreich jedoch, das uns immer mehr Rästel aufgibt als das Land der Freiheit, sind dafür drei maßgebende russische sozialistische Blätter verboten worden.

Verfchiedene Eingänge.

„Die Glocke.“ Sozialistische Halbmonatsschrift. Herausgegeben von Barbus. Nr. 8-10. 53. 3. Jahrgang. 1. Band. Preis jeder Nummer 30 Pf. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68.

Briefkasten.

H. K. in B.: Wird natürlich beachtet und Angekündigtem gern entgegengekehrt. — S. W. in D.: Kam leider zu spät. — U. G. in M.: 1. Was ist ja eine höchst wechsellöbliche Soldatenaufbahn mit hartem zivilen Einschlage. 2. Was „Gesandnis einer Jungfrau“ ganz bemerkenswert. 3. Sit verzeihet. — B. W. in S.: Sit nicht mehr vorhanden. — S. G. in B.: Vielen Dank für Übermittlung der „Exp. Gr.“ — D. K. in Bromberg: 2,30 Mk. — S. K. in Swidkau: 2 Mk.

Verbandsnachrichten
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 511.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Adressenveränderungen.

Sagen i. W. (Bezirk). Infolge Einde unng unfres Vorstehenden sind alle Ger wegen an Kollegen Karl Schmelzer, Sagen i. W., Fierlocher Straße 44, zu richten.
Polen (Bezirk). Alle Geldsendungen nimmt vorsetzungsweise bis auf weiteres Kollege M. Erdmann, Feldstraße 8 I, entgegen.

Zur Aufnahme gemeldet

Im Gau Mittelhessen der Seher Oskar Renck, geb. in Kirchheim b. Heidelberg 1898, ausgel. dal. 1916; war schon Mitglied. — Heinrich Fuhs in Mannheim-Heidenheim, Hauptstraße 134.

Im Gau Nordwest der Seher Richard Fischer, geb. in Hamburg 1878, ausgel. dal. 1897; war schon Mitglied. — S. Muthorn in Bremen, Galienstraße 4.

Im Gau Rheinland-Westfalen der Seher i. H. S. S. Semmelmann, geb. in Bayreuth (Bayern) 1855, ausgel. dal. 1903; 2. Wilhelm Schröder, geb. in Schwerte (Ruhr) 1884, ausgel. dal. 1902; waren noch nicht Mitglieder. — Emil Adreht in Köln, Gereonsbof 28.

Verjamungskalender.

Düsseldorf. Maschinenserverjamung am Sonntag, dem 24. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Karlstädter Hofe“, Karlplatz 7.
Göttingen. Bezirksverjamung Sonntag, den 24. Juni, nachmittags 1 1/2 Uhr, im „Göttinger Hof“ in Göttingen, Johannisstraße 3. Anträge bis 17. Juni einreichen.

Schriftseher, Typographseher und Maschinenseher

auch Kriegsbeschädigte, in dauernde Stellung suchf August Pries, Leipzig, Brüderstraße 59. [453]

Linotype- Seher für zwei im August zur Aufstellung kommende neue Dreimaaschinen ge suchf. Serren, die über langjährige Praxis und gute Maschinennennnis verfügen, werden um Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsanprüchen ersucht. [172]

Rotationsmaschinenmeister

für 16seitige Augsburgische Maschine sofort oder später ge suchf. Derselbe muß auch an Flachdruckmaschinen gut bewandert sein. Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsanprüchen an Buchdruckerei F. S. Eberlein, Pirna a. E.

Tüchtiger Buchdruckmaschinenmeister

für Werk-, Illustrations- und Plattendruck sofort ge suchf. Angebote mit Gehaltsforderung erbeiten an die Buchdruckerei der Deutschen Verlagsanstalt, Stuttgart, Neckarstraße 121/23. [131]

Tüchtige Buchdruckmaschinenmeister

in dauernde Stellung ge suchf. [148]
Union Deutsche Verlagsgesellschaft Stuttgart, Hauptkötterstraße 107/111.

Tüchtige Maschinenmeister

im Werk-, Platten- und Abzidenzdruck erfahren (Einmaschinen-System), sofort oder später ge suchf. [153]
M. Struchen, Düsseldorf 17.

Tüchtige Maschinenmeister

für dauernd suchf sofort [156]
Rauhsche Buchdruckerei, Berlin S 14, Stallschreiberstraße 5.

Abzidenzseher

in Dauerstellung sofort ge suchf. Angebote mit Lohnforderung an Hofbuchdruckerei Max Sohn & Co., Mannheim. [158]

Schriftseher

zu chen [151]
Kays Erben, Berlin SW 68, Zimmerstraße 29.

Tüchtiger Werkseher

in dauernde Stellung ge suchf. [122]
Bohsche Hofbuchdruckerei, Düsseldorf, Steinstraße 36.

Abzidenzseher Maschinenmeister

(auch Kriegsbeschädigte) in Dauerstellung ge suchf. Karl Kaelmer, Buchdruckerei, Eisenach.

Schriftseher Typographseher Maschinenmeister

in dauernde Stellung ge suchf. Meldung mit Gehaltsforderung an das Tel. Ichnonkor der Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 37, Willowstraße 66.

Schriftseher

in Werk- und Anzeigensehe bewanderte [145]

Maschinenmeister

(auch leicht Kriegsbeschädigte und solche, die sich weiterbilden wollen) für Illustrations- und Platten- druck suchf für dauernd Fischer & Wittig, Leipzig, Teubnerstraße 12.

Seher Maschinenmeister Schweizerdegen

(auch Kriegsbeschädigte) suchf sofort in dauernde Stellung. [180]
„Schwimmblätter Tagesblatt“, Einige perfekte [159]

Linotypeseher

(eventuell Kriegsbeschädigte) o'ort ge suchf. „Mannheimer Tagesblatt“, Mannheim H 2, 3.

Tüchtiger, gänzlich militärfreier Typographseher

für Werkfach ge suchf. Oder wirklich geeignete, völlig militärfreie Kraft findet Gelegenheit zur Ausbildung. Angebote erbeilt [171]
F. C. Naag, Melle i. S.

Klopfbürsten

Trockenfilze

Matrizen u. Kleisterpulver

haben noch abzugeben [83]
H. Andressen & Sohn, Hamburg, Serrengraben 22.

Korrektor Maschinenmeister

(eventuell Kriegsbeschädigter), ferner [169]
für dauernd ge suchf. Angebote mit Lohnanprüchen und Zeugnisabschriften erbeiten. Druckeret Johannes Pähler, Dresden-N. 6.

Maschinenmeister Abzidenzseher Werkseher

jedoch nur tüchtige Kräfte, werden in dauernde Stellung ge suchf. [792]
Oscar Brandtletter, Leipzig.

Typograph- und Monotype-seher Stereotypseher

in dauernde Stellung zu sofortigen Eintritt ge suchf. A. B. Hofbuchdruckerei Gebrüder Reichel, Augsburg.

Tiefdruck-Rotation!

Maschinenmeister wird angelernt. Off. Angebote an Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 37, Willowstraße 66. [170]

Tüchtige Maschinenmeister

in dauernde Stellung zu sofortigen Eintritt ge suchf. A. B. Hofbuchdruckerei Gebrüder Reichel, Augsburg. [181]

Maschinenmeister

für Abzidenz ge suchf. [179]
Karl Preißschow, Halle a. S., Bernburger Straße 28.

Jüngerer Schweizerdegen

(auch Kriegsbeschädigter) sofort ge suchf. [173]
Richard Wolff, Neuhirchen bei Gernth.

Tüchtiger Drucker

zu suchf zum 28. Juni dauernde Stellung. Offerten mit Lohnangabe erbeiten an [178]
H. Reich, Duisburg, Holzstraße 9.

Schlingengrabengestaltungen und Anore im Felde hergestellt. Druck-, namentl. Belle (vel. Johannis-) u. Biergestaltungen, auch aut. u. heitogr. Anstichkarten u. Zeichn.. Pogramme aller Art, eb nfo Heimatszigen, wegen Papiermangel auf Prop., Altschen u. andres Papier gedr., Jlan., Zirkulare u. Plakate mit Sinuweisen auf durch die Umstände gebotene Einstellung od. Verminderung d. Erchein., Formals- od. Umfangbeschränkung, sowie bereit eingehert. Setzungsnummern mit reich. Vergleichsplanen erb. für seine Buchdruckereiverjamung der Hamburg-Altonaer Druckereivererein zu Händen F. Hoffmann, Hamburg 33, Rännerhof 18. [177]

Erhöhte Leistung kein Beschmutzen verminderte Unfallgefahr sind die Vorteile von Rauchs Bogenabheber an der Siegelpresse. Preis 80 Pf. portofrei vom Gfänder M. Rauch, Stuttgart, Ludwigsstraße 20 I. Von der B. Berufsgenossenschaft geprüft und empfohlen. Prospekt zu Diensten. [291]

Graphische Fachklassen
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung.
Aushünfte durch die Kunstgewerbeschule Barmen.

Zurichtseher und Scheren
Nhten und Nngelsten sowie alle Werkzeuge für Seher und Drucker empfiehlt [164]
A. Siegl, Leipzig-N., Liliensstraße 17 B. Katalog unberechnet und frei.

Abgremals haben wir den Verlust zweier liebwerter Kollegen durch den Krieg zu beklagen. Im August v. J. fiel d r Maschinenmeister [160]
Hugo Weizenberg
zuleht in Ravensburg, und am 1. März d. J. verstarb in französischer Gefangenschaft der Seher

Fritz Köppler
aus Friedrichshafen am Bodensee. Ein ehrendes Andenken bewahren ihnen Die Mitgliedschaft Ravensburg. Der Bezirksverein Oberschwaben.

Durch den Weltkrieg wurde unser wertos Mitglied, der Korrektor [165]
Kurt Schichmeyer
aus Danzig, aus unsrer Mitte geriffen. Ein freies Andenken bewahrt ihm Der Ortsverein „Gutenbergs“ Gelsenkirchen.

Am 2. Juni fiel auf dem Felde der Ehre unser liebes Mitglied und Gangesbruder, der Seher [162]
Alfred Warmus
Durch sein reges Vereinsinteresse während seiner kurzen Mitgliedschaft und sein liebenswürdiges Wesen hat er sich bei uns allen ein dauerndes Gedenken gesichert. Möge ihm die Erde fern von uns leicht sein!
Brelau, 12. Juni 1917.
Verein „Gutenberg“.

Am 12. Juni verschied an einem Herzleiden in einem heiligen Lazarett unser lieber Kollege, der Drucker [174]
Karl Eckhardt
aus Eize.
Der Verstorbene war in früheren Jahren ein sehr tätiges Mitglied unsrer Organisation, auch bekleidete er einige Jahre den Posten als Schriftführer im Vorstand. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Bezirksverein Frankfurt a. M.

Am 11. Juni verschied an den Folgen eines schweren Herzleidens unser liebes langjähriges Mitglied und erster Vorstehender [167]
Karl Eckhardt
Interoffizier in einem Landsturmabteilung.
1895 in unsern Klub eingetreten, war der Verstorbene lange Jahre als Schriftführer und seit einigen Jahren als erster Vorstehender mit letzterer Echaffensfreudigkeit im Vorstande tätig. Vor Jahren vom Beruf abgegangen, bewahrte er allzeit einen vorbildlichen, echt kollegialen Geist. Wir verlieren in dem so früh Heimgegangenen einen treuen Freund mit lebenswürdigem, aufrechtem Charakter.
Ein dauerndes, ehrendes Gedenken ist ihm sicher.
Typographische Amicitia, Frankfurt a. M.

Wiederum haben wir einen Verlust in diesem Weltkrieg zu beklagen, den 19. in unserm Bezirk. Es fiel unser junges Mitglied, der Seher [164]
Leo Baranowski
aus Bromberg.
Ein ehrendes Andenken wird ihm stets bewahren
Der Bezirksverein Bromberg.

Abgremals haben wir den Verlust von zwei braven Kollegen zu beklagen, und zwar die Seher [163]
Hans Meyer
geb. in Glogau,
Hans Kriete
geb. in Bremen.
Ein ehrendes Andenken ist ihnen gesichert.
Der Bremer Buchdruckerverein. Die Spartenvereine Bremens.

Nieder haben wir ein junges, hoffnungsvolles Mitglied durch den Weltkrieg verloren. Am 31. Mai fiel unser lieber Kollege, der Seher [166]
Karl Wildhardt
aus Ramdach bei Wiesbaden.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Ortsverein Wiesbaden.

In dem Völkerringen fiel unser lieber Kollege, der Mitbegründer und Kassierer der Graphischen Vereinigung, der Seher [166]
Otto Fehner
aus Züllichau.
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Ortsverein Dessau. Graphische Vereinigung. Gesangsverein „Gutenberg“.

Am 7. Juni verstarb nach längerer Krankheit unser lieber Kollege, der Invalid [175]
Adolf Koff
aus Zeitz, im Alter von 48 Jahren. Ehre seinem Andenken!
Bezirksverein Braunschweig.

Am 9. Juni verschied nach längerem Leiden unser Mitglied, der Seherinvalid [175]
Alwin Wolf
im 58. Lebensjahre. Wir werden dem Entschlafenen ein treues Andenken bewahren.
Mitgliedschaft Swidkau.